

# Die Krise überwinden – Menschen retten statt Banken und Spekulanten!

Niemand redet gern über die Krise: Die Regierung Merkel nicht, weil sie den Eindruck erwecken will, die Krise sei vorbei und es gehe in Deutschland allen gut. SPD und Grüne nicht, weil sie gern verschweigen, dass sie den sogenannten »Rettungspaketen« im Bundestag zugestimmt haben, die die Krise in Europa verschärfen.

Die Bundesregierung behauptet, »wir« seien gut durch die Krise gekommen. »Uns« gehe es doch gut im Vergleich zu den anderen Ländern Europas. Aber wer ist gut durch die Krise gekommen? Menschen, die für weniger als zehn Euro die Stunde arbeiten müssen, Rentnerinnen und Rentner, die seit Jahren weniger Geld in der Tasche haben, Erwerbslose, die keine Chance auf einen Job haben, oder Beschäftigte, die mit ihren Steuern die Bankenrettungen finanzieren? Nein, gut durch die Krise gekommen sind die anderen – Vermögende, Reiche und Banken, die nicht zur Verantwortung gezogen worden sind.

Gekürzt wurde in ganz Europa bei Löhnen, Renten, bei Sozialleistungen und der Infrastruktur. Lehrerinnen und Lehrer, Krankenschwestern und Pfleger werden entlassen. Das öffentliche Eigentum wird verscherbelt.

## **Merkels Krisenpolitik ist gescheitert!**

Die Banken haben sich verzockt und sind mit Steuergeldern der Staaten gerettet worden. Jetzt sind die Staaten bei den Banken verschuldet und werden »Krisenstaaten« genannt. Die »Rettungsschirme« retten die Banken und die Menschen zahlen. Fast die gesamten Finanzhilfen für Griechenland sind in den Finanzsektor geflossen: 94 Prozent. Nach der Bundestagswahl ist zu erwarten, dass weitere Milliarden für Griechenland und andere Länder bewilligt werden. Die Kürzungen und Privatisierungen, die Griechenland aufgezwungen werden, bauen das Land nicht auf, sondern zerstören die Grundlagen für eine funktionierende Wirtschaft.

DIE LINKE hat als einzige Partei die so genannten »Rettungspakete« im Bundestag abgelehnt. Wir wollen ein Zukunftsprogramm für Deutschland und Europa. Statt immer mehr zu kürzen, brauchen wir Investitionen in gute Arbeit, für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, in die öffentliche Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau. Wir wollen die Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen ausbauen, den Sozialstaat stärken. Geld ist genug da. Der private Reichtum muss

# Die Krise überwinden – Menschen retten statt Banken und Spekulanten!

Niemand redet gern über die Krise: Die Regierung Merkel nicht, weil sie den Eindruck erwecken will, die Krise sei vorbei und es gehe in Deutschland allen gut. SPD und Grüne nicht, weil sie gern verschweigen, dass sie den sogenannten »Rettungspaketen« im Bundestag zugestimmt haben, die die Krise in Europa verschärfen.

Die Bundesregierung behauptet, »wir« seien gut durch die Krise gekommen. »Uns« gehe es doch gut im Vergleich zu den anderen Ländern Europas. Aber wer ist gut durch die Krise gekommen? Menschen, die für weniger als zehn Euro die Stunde arbeiten müssen, Rentnerinnen und Rentner, die seit Jahren weniger Geld in der Tasche haben, Erwerbslose, die keine Chance auf einen Job haben, oder Beschäftigte, die mit ihren Steuern die Bankenrettungen finanzieren? Nein, gut durch die Krise gekommen sind die anderen – Vermögende, Reiche und Banken, die nicht zur Verantwortung gezogen worden sind.

Gekürzt wurde in ganz Europa bei Löhnen, Renten, bei Sozialleistungen und der Infrastruktur. Lehrerinnen und Lehrer, Krankenschwestern und Pfleger werden entlassen. Das öffentliche Eigentum wird verscherbelt.

## **Merkels Krisenpolitik ist gescheitert!**

Die Banken haben sich verzockt und sind mit Steuergeldern der Staaten gerettet worden. Jetzt sind die Staaten bei den Banken verschuldet und werden »Krisenstaaten« genannt. Die »Rettungsschirme« retten die Banken und die Menschen zahlen. Fast die gesamten Finanzhilfen für Griechenland sind in den Finanzsektor geflossen: 94 Prozent. Nach der Bundestagswahl ist zu erwarten, dass weitere Milliarden für Griechenland und andere Länder bewilligt werden. Die Kürzungen und Privatisierungen, die Griechenland aufgezwungen werden, bauen das Land nicht auf, sondern zerstören die Grundlagen für eine funktionierende Wirtschaft.

DIE LINKE hat als einzige Partei die so genannten »Rettungspakete« im Bundestag abgelehnt. Wir wollen ein Zukunftsprogramm für Deutschland und Europa. Statt immer mehr zu kürzen, brauchen wir Investitionen in gute Arbeit, für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, in die öffentliche Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau. Wir wollen die Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen ausbauen, den Sozialstaat stärken. Geld ist genug da. Der private Reichtum muss

gerechter verteilt werden – zum Wohle aller. In Deutschland und in ganz Europa.

### Deshalb fordert DIE LINKE:

■ In allen EU-Staaten ist eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit können die Staatsschulden beglichen werden, die in der Krise entstanden sind.

■ Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer – sie ist längst überfällig, wird aber von der Merkel-Regierung verschleppt.

Die Macht der Banken hat die Finanzkrise verschärft. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken endlich in die Verantwortung genommen werden.

■ Mit einer Bankenabgabe wollen wir die Finanzhäuser an den Krisenkosten beteiligen.

■ Die Banken müssen wieder der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Deshalb wollen wir private Großbanken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführen.

DIE LINKE will ein soziales und gerechtes Europa, das der Macht der Finanzmärkte entzogen wird. Ein solidarisches Zusammenleben in einem besseren Europa ist möglich – mit links.

**Machen Sie sich mit uns stark für ein Europa der solidarischen Nachbarschaft. Wählen Sie am 22. September DIE LINKE!**

### Fordere weitere Informationen an und mach mit:

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will DIE LINKE aktiv im Wahlkampf unterstützen.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Daten werden gemäß Bundesdatenschutzgesetz behandelt.

# DIE LINKE.

*DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken. Unterstützen Sie DIE LINKE mit einer Spende. Konto 5000 600 000 BLZ 100 900 00 (Berliner Volksbank) Kennwort: Wahlkampfspende oder unter [www.die-linke.de/spenden](http://www.die-linke.de/spenden)*

*Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 009 999  
Fax: 030/24 009 541  
[parteivorstand@die-linke.de](mailto:parteivorstand@die-linke.de)  
**www.100-prozent-sozial.de**  
V.i.S.d.P. Matthias Höhn*

gerechter verteilt werden – zum Wohle aller. In Deutschland und in ganz Europa.

### Deshalb fordert DIE LINKE:

■ In allen EU-Staaten ist eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit können die Staatsschulden beglichen werden, die in der Krise entstanden sind.

■ Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer – sie ist längst überfällig, wird aber von der Merkel-Regierung verschleppt.

Die Macht der Banken hat die Finanzkrise verschärft. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken endlich in die Verantwortung genommen werden.

■ Mit einer Bankenabgabe wollen wir die Finanzhäuser an den Krisenkosten beteiligen.

■ Die Banken müssen wieder der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Deshalb wollen wir private Großbanken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführen.

DIE LINKE will ein soziales und gerechtes Europa, das der Macht der Finanzmärkte entzogen wird. Ein solidarisches Zusammenleben in einem besseren Europa ist möglich – mit links.

**Machen Sie sich mit uns stark für ein Europa der solidarischen Nachbarschaft. Wählen Sie am 22. September DIE LINKE!**

### Fordere weitere Informationen an und mach mit:

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will DIE LINKE aktiv im Wahlkampf unterstützen.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Daten werden gemäß Bundesdatenschutzgesetz behandelt.

# DIE LINKE.

*DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken. Unterstützen Sie DIE LINKE mit einer Spende. Konto 5000 600 000 BLZ 100 900 00 (Berliner Volksbank) Kennwort: Wahlkampfspende oder unter [www.die-linke.de/spenden](http://www.die-linke.de/spenden)*

*Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 009 999  
Fax: 030/24 009 541  
[parteivorstand@die-linke.de](mailto:parteivorstand@die-linke.de)  
**www.100-prozent-sozial.de**  
V.i.S.d.P. Matthias Höhn*